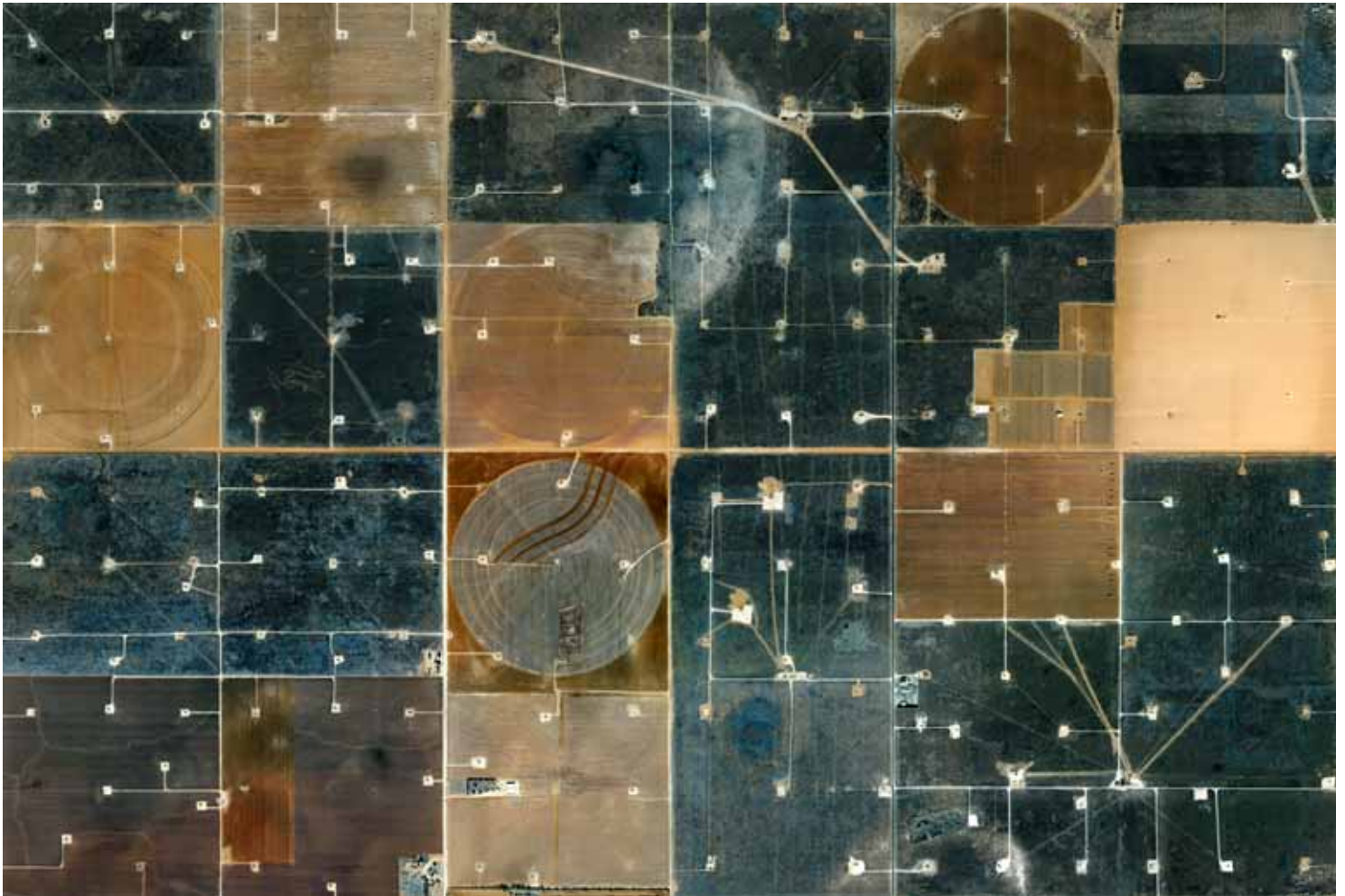


GAIiA

1 | 2014

ECOLOGICAL PERSPECTIVES FOR SCIENCE AND SOCIETY
ÖKOLOGISCHE PERSPEKTIVEN FÜR WISSENSCHAFT UND GESELLSCHAFT



- WIE KLIMASKEPTIKER ARGUMENTIEREN
- THEORIE DER TRANSDISZIPLINARITÄT
- COMMUNICATING CLIMATE CHANGE

Wissenschaftspolitik demokratischer gestalten

Über Ziele und Strategien von Forschungsagenden entscheiden vornehmlich Vertreter(innen) aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft. Zivilgesellschaftliche Akteure fehlen allzu oft in diesen Prozessen – und damit fehlt die gesellschaftliche Legitimation der Forschungsagenden. Demokratischere Entscheidungsprozesse führen dagegen zu einer transparenteren Wissenschaftspolitik und treiben die Entwicklung in Richtung Nachhaltigkeit voran.

Steffi Ober

Making Science Policy More Democratic | GAIA 23/1 (2014): 11–13

Keywords: democracy, governance, research funding, science policy, transformative literacy

Die Forschungspolitik in Deutschland und der EU ist interessengeleitet und an ökonomischen Zielen orientiert. Europa soll nach dem Willen der Staats- und Regierungschefs der EU zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt werden. So fokussiert die EU seit den Beschlüssen von Lissabon 2005 auf Wirtschaftswachstum und internationale Konkurrenzfähigkeit.¹ Ähnlich verhält es sich auf nationaler Ebene: Das deutsche Forschungs- und Innovationssystem – gemessen am Bruttoinlandsprodukt das größte in der EU – speist sich vor allem aus Investitionen der Wirtschaft (EFI 2013, S. 122). Da die Innovationsstrategien der Wirtschaft auf die Steigerung der ökonomischen Leistungsfähigkeit ausgerichtet sind, muss sich auch das Wissenschaftssystem zunehmend an kurzfristigem Nutzen bemessen lassen. Dies führt zu einer „Mainstream-Forschung“, während das Innovationspotenzial der Wissenschaft zu schrumpfen droht (Münch 2011, S. 375).²

Forschungsförderung in Deutschland

Große Forschungsprogramme wie die *Hightech-Strategie für Deutschland*³ der Bundesregierung (HTS, Umfang 27 Milliarden Euro allein zwischen 2010 bis 2013) oder die *Nationale Forschungsstrategie BioÖkonomie 2030* des Bundesministeriums für

Bildung und Forschung (BMBF, Laufzeit 2010 bis 2016, Umfang 2,4 Milliarden Euro)⁴ dominieren die Forschungslandschaft. Die HTS bündelt die Förderstrategien wichtiger gesellschaftlicher Bereiche wie Energie, Mobilität, Sicherheit, Kommunikation, Ernährung, Ressourcensicherung und demografischer Wandel. Sie zielt darauf, den wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Wohlstand zu fördern, die natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren sowie Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit zu sichern. Die *Bioökonomiestrategie* strebt die Umstellung einer erdölbasierten- auf eine biomassebasierte Wirtschaftsproduktion an.

Expertenkommissionen wie die *Forschungsunion Wirtschaft – Wissenschaft*⁵ oder der *Bioökonomierat*⁶ formulieren dabei die jeweiligen konkreten Forschungsziele. Diese widersprechen sich jedoch teilweise, denn eine nachhaltige Entwicklung erfordert mehr als Hightech-Innovationen. Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) fordert daher tiefgreifendere Änderungen von Infrastrukturen, Produktionsprozessen, Regulierungssystemen und Lebensstilen sowie ein neues Zusammenspiel von Politik, Gesellschaft, >

4 www.bmbf.de/de/biooekonomie.php

5 www.forschungsunion.de

6 <http://biooekonomierat.de>

1 www.bundesregierung.de/Content/DE/Lexikon/EUGlossar/L/2005-11-21-lissabon-strategie.html. Kernziele der Lissabon-Strategie: Investitionen in

Forschung, Bildung und Innovation fördern und künftig drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Mitgliedstaaten in diese Bereiche investieren.

2 Der vorliegende Beitrag basiert auf einer empirischen Studie zu Partizipation und Transparenz in der Forschungspolitik der Bundesregierung (Ober 2013).

3 www.hightech-strategie.de

Kontakt: Dr. Steffi Ober | Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e.V. | Zivilgesellschaftliche Plattform *Forschungswende* | Marienstr. 19/20 | 10117 Berlin | Deutschland | Tel.: +49 172 5254198 | E-Mail: steffi.ober@vdw-ev.de

© 2014 S. Ober, licensee oekom verlag.
This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution License (<http://creativecommons.org/licenses/by/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.

Wissenschaft und Wirtschaft (WBGU 2011). Obwohl kulturelle und institutionelle Innovationen für die Transformation in eine nachhaltige Gesellschaft unverzichtbar sind, dominierten nach wie vor technologische und ökonomische Zielsetzungen.

Uwe Schneidewind bemängelt diese einseitige Zuweisung finanzieller Mittel in technologisch ausgerichtete Wissenschaft und Forschung und fordert, „dass die inhaltliche und methodische Schwerpunktsetzungen sowie die Ressourcenallokation im Wissenschaftssystem neu gedacht werden muss“ (Schneidewind 2013, S. 86). Doch wer verantwortet die Ressourcenallokation in der Wissenschafts- und Forschungspolitik?

Wesentliche Impulse der Begriffsdefinitionen und des Agendasettings der Forschungspolitik verhandeln die Bundesregierung, das BMBF oder das Kanzleramt mit den großen, weltweit agierenden Wirtschaftsakteuren und außeruniversitären Großforschungseinrichtungen wie der Helmholtz-Gemeinschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft oder der Max-Planck-Gesellschaft. Das Parlament wird weitgehend umgangen, da es traditionell nur zu den BMBF-Forschungsstrategien unterrichtet wird. Der Bundestag wird auch durch die europäische Integration geschwächt: Die Europäische Kommission gibt als bedeutender Drittmittelgeber bereits Forschungspfade vor; die Abgeordneten im Forschungsausschuss des Deutschen Bundestags haben daher nur wenig Einfluss auf die Forschungspolitik. Einzige Kontrollinstanz wären die Haushaltsdebatten, allerdings sind die Haushaltstitel der Forschungsausgaben oft wenig aussagekräftig. Auch Sozial- und Umweltverbände werden weitgehend von den Verhandlungen ausgeschlossen – dadurch fehlt die demokratische Legitimation von wissenschaftspolitischen Entscheidungsprozessen.

Keine Entscheidung ohne Expertenkommission

Forschungspolitik scheint im geschlossenen Raum verhandelt zu werden. Sind Wachstum und internationale Konkurrenzfähigkeit als forschungspolitische Ziele bereits festgelegt, ist der Diskurs nicht mehr offen und schwache Interessen des Umweltschutzes, der Biodiversitätsforschung oder der Entwicklungsländer werden an den Rand gedrängt.⁷

Der Ausschluss gesellschaftlicher Gruppen erfolgt über „eine Arbeitsteilung zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Staat, die (...) dabei von der Öffentlichkeit nicht oder nur geringfügig behelligt werden“ (Böschen 2005, S. 244). Die Ministerien regeln über die Auswahl der Akteure maßgeblich Inhalt und Verlauf: So benennt etwa das BMBF die *Forschungsunion Wirtschaft – Wissenschaft* im Einvernehmen mit dem Kanzleramt. Berufen werden in die Expertenkommission Vertreter(innen) der Chemie-, Automobil-, Rüstungs- und Privatisierungsbranche sowie der Großforschungseinrichtungen. Unterrepräsentiert sind Klein- und mittelständische Unternehmen sowie Frauen; als einzige gesellschaftliche Organisation ist der Deutsche Gewerkschaftsbund vertreten. Solche Expertengremien gelten als mächtige Politikgestalter, obwohl sie weder gewählt noch sonst in einem direkten Verantwortlichkeitsverhältnis stehen (Bora und Münte

2012). Sie sind weder dem Parlament noch der Öffentlichkeit Rechenschaft schuldig. Mit der Einrichtung von Expertenkommissionen wurden Arenen zur Verhandlung gesellschaftlicher Interessen geschaffen, in denen politische Konzepte abgestimmt und der Öffentlichkeit als quasi alternativlos präsentiert werden (Stiefken 2007, S. 39). Ihr innovativer Mehrwert in der jetzigen Form kann bezweifelt werden, da viele der Akteure sowieso untereinander und mit der Politik bestens vernetzt sind, wie eine Netzwerkanalyse von Orłowski (2012) belegt.

Ausweg aus dem Expertendilemma

Die Forschungspolitik wird dem gesellschaftlichen Anspruch, dem Gemeinwohl zu dienen, offensichtlich nicht mehr hinreichend gerecht (Schneidewind und Singer-Brodowski 2013, S. 306).⁸ In einer pluralistischen Gesellschaft kann aber keine privilegierte Institution das Gemeinwohl festlegen, weil es immer neu in der politischen Praxis ausgehandelt werden muss. Der normative Kern der Demokratie ist die politische Praxis der Argumentation und des Austauschs von Gründen unter freien und gleichen Bürger(inne)n. Dies entspricht dem Ideal einer deliberativen Demokratie, also der Meinungs- und Willensbildung im gesamtgesellschaftlichen Diskurs (vergleiche Habermas 1992).⁹ Gemeinwohl ist keine Realität, sondern eine regulative Idee, die jedoch erst durch den deliberativen Prozess realisiert und nur im Rahmen von Gerechtigkeitsfragen sinnvoll diskutiert werden kann (Münkler und Fischer 1999, S. 241 f.).

Um Deliberation in der Forschungspolitik umzusetzen, bieten sich neue Steuerungsmuster an (Schneidewind 2013, Voß und Bornemann 2011). Reflexive Governance etwa findet im Austausch zwischen Netzwerken statt und begreift den Staat als einen Akteur neben anderen. Zivilgesellschaftliche Organisationen wie Umwelt-, Sozial- und Verbraucherschutzverbände sind in der Lage, mit ihrer Expertise soziale und ökologische Fragestellungen zu verfolgen und gesellschaftlich zu vermitteln. Daher ist es sinnvoll, Akteure aus der Zivilgesellschaft in die Beratungen zu Zielen und Strategien der Agenden einzubeziehen (vergleiche Wassermann und Renn 2013). Eine gemeinsam erarbeitete Problemformulierung stärkt die Verbindlichkeit aller Akteure, zur Umsetzung der Ziele beizutragen. Dies könnte auch den Transfer von Forschungsergebnissen in die Praxis erleichtern.

Nachhaltigkeit hat es in der Regel schwer, obwohl kein Entscheidungsträger den Nachhaltigkeitsgrundsatz öffentlich infrage stellen würde, bietet der Begriff doch einen normativen Grundkonsens, an dem sich demokratische Politik zu orientieren hat.

⁷ Ein Beispiel: Der Förderschwerpunkt *Sozial-ökologische Forschung* verfügte mit rund 30 Millionen Euro von 2010 bis 2013 über relativ geringe Finanzmittel.

⁸ www.dnr.de/aktuell/wissenschaftspolitik/index.html

⁹ Deliberation fußt auf der Theorie des kommunikativen Handelns von Habermas: Ein gesellschaftlicher Konsens wird über einen Diskurs erzielt, in dem sich die Teilnehmer(innen) reziprok und gleichberechtigt anerkennen. Deliberative Demokratie benennt die Umsetzung dieses Ideals in Recht und Politik.

Allerdings fällt der Nachhaltigkeitsbegriff ähnlich wie der Gemeinwohlbegriff der Beliebigkeit anheim, weil er häufig darauf ausgerichtet ist, mit dem Ausbau der eigenen Wohlstands- und Machtposition kompatibel zu sein (Voß 2013). Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung definiert Nachhaltigkeit als *concept of needs*, der Sicherung der Lebensgrundlagen für alle (Hauff 1987). Nachhaltigkeit ist kein Konzept des Business as usual. Das erschwert die Umsetzung und erzeugt Widerstände, weil die Auffassungen darüber, was Nachhaltigkeit konkret bedeutet, auseinandergehen. Daher formuliert der WBGU (2011) die Aufforderung an die Politik, den gesellschaftlichen Suchprozess hin zu einer klimaverträglichen und ressourcenleichten Gesellschaft zu moderieren, weil es sowohl über die konkreten Nachhaltigkeitsziele als auch über die Wege dorthin konkurrierende Vorstellungen gibt, so dass die Aushandlungsprozesse geregelt werden müssen. Unbeantwortet bleibt die Frage, wo und wie dies geschehen soll.

Minderheitenvoten in den Handlungsempfehlungen von Expertenkommissionen wären eine Möglichkeit, zu verdeutlichen, dass die Wissenschaft nicht nur eine Lösung kennt, um Herausforderungen zu meistern, sondern von der Vielfalt der Ansätze und einem reflexiven Bewusstsein von Kontingenz und Nichtwissen geprägt ist. Wissenschaft hat in der Politikberatung die Aufgabe, Unsicherheiten, Wissenslücken und Wertannahmen explizit zu machen sowie Distanz, Pluralität und Transparenz zu bewahren (vergleiche Weingart und Lentsch 2008).

Ausblick

Parlament und Gesellschaft sind in die Entscheidungen zu Strategie und Themensetzung der Forschungspolitik weder hinreichend involviert noch ausreichend darüber unterrichtet. Schneidewind fordert, das Zusammenwirken staatlicher und privater Akteure so zu ändern, dass Ungleichgewichte aufgehoben, die Fixierung auf technologische und ökonomische *literacy* gelöst und stattdessen Orte der Wissensintegration geschaffen werden (Schneidewind 2013). Folgender Handlungsbedarf besteht:

- Die großen technologiegetriebenen Forschungsstrategien der Bundesregierung müssen im Austausch mit sozial-ökologischen Fragen kongruent gedacht werden.
- Der Mythos von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität scheint noch immer ungebrochen. Daher müssen „Themenanwälte“ für Nachhaltigkeit in den Aushandlungsarenen der Forschungspolitik ausreichend vertreten sein, um die Argumentations- und Rechtfertigungslast für gemeinwohlorientierte Organisationen gegenüber der Wirtschaft zu senken.
- Eine Plattform für Austausch und Wissensintegration ist die Initiative *Forschungswende*¹⁰. Sie will auf bundespolitischer Ebene die Expertise der Zivilgesellschaft und deren Organisationen stärken. Für das Agieren als Themenanwälte ist *capa-*

city building in der Zivilgesellschaft und ihren Organisationen für Wissenschaft ebenso notwendig wie die Integration dieser Perspektiven in der Forschungspolitik.

Öffnet sich die Wissenschaftspolitik diesen Fragestellungen aus der Zivilgesellschaft und lässt sie die Diversität gesellschaftlicher Ziele und Anforderungen an die Wissenschaft zu, könnten Vielfalt und Innovationskraft in der Wissenschaft gesteigert werden.

Literatur

- Bora, A., P. Münte. 2012. *Mikrostrukturen der Governance*. Baden-Baden: Nomos.
- Bösch, S. 2005. Reflexive Wissenspolitik. In: *Wozu Experten? Ambivalenzen der Beziehung von Wissenschaft und Politik*. Herausgegeben von A. Bogner, H. Torgersen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 242–263.
- EFI (Expertenkommission für Forschung und Innovation) (Hrsg.). 2013. *Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands 2013*. Berlin: Deutscher Stifterverband.
- Habermas, J. 1992. Drei normative Modelle der Demokratie: zum Begriff deliberativer Politik. In: *Die Chancen der Freiheit. Grundprobleme der Demokratie*. Herausgegeben von H. Münkler. Frankfurt am Main: Piper. 11–24.
- Hauff, V. 1987. *Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung*. Greven: Eggenkamp.
- Münch, R. 2011. *Akademischer Kapitalismus. Über die politische Ökonomie der Hochschulreform*. Berlin: Suhrkamp.
- Münkler, H., K. Fischer. 1999. *Gemeinwohl und Gemeinsinn*. Berlin: Akademie.
- Ober, S. 2013. *Partizipation in der Wissenschaft. Zum Verhältnis von Forschungspolitik und Zivilgesellschaft am Beispiel der Hightech-Strategie*. Masterarbeit, Humboldt-Viadrina School of Governance.
- Orlowski, M. 2012. Analysing inter-organisational networks around German innovation policy advisory bodies. In: *Innovation policy and governance in high-tech industries. The complexity of coordination*. Herausgegeben von J. Bauer, A. Lang, V. Schneider. Heidelberg: Springer. 155–173.
- Schneidewind, U. 2013. *Transformative literacy. Gesellschaftliche Veränderungsprozesse verstehen und gestalten*. GAIA 22/2: 82–86.
- Schneidewind, U., M. Singer-Brodowski. 2013. *Transformative Wissenschaft*. Marburg: Metropolis.
- Stiefken, S. 2007. *Expertenkommissionen im politischen Prozess. Eine Bilanz der rot-grünen Bundesregierung 1998–2005*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Voß, J.-P. 2013. Wo transformative Wissenschaft hinführen könnte. *Ökologisches Wirtschaften* 2: 28–29.
- Voß, J.-P., B. Bornemann. 2011. The politics of reflexive governance: challenges for designing adaptive management and transition management. *Ecology and Society* 16/2: 1–23.
- Wassermann, S., O. Renn. 2013. Offene Fragen der Energiewende: Aufbau und Design von Kapazitätsmärkten. GAIA 22/4: 237–241.
- WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen). 2011. *Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*. Berlin: WBGU.
- Weingart, P., J. Lentsch. 2008. *Wissen – Beraten – Entscheiden*. Weilerswist: Velbrück.

Eingegangen am 9. Oktober 2013; überarbeitete Fassung
angenommen am 7. Dezember 2013.

Steffi Ober



Geboren 1964 in Ludwigshafen. Studium der Tiermedizin in Berlin und Gießen. Promotion am Deutschen Krebsforschungszentrum. 2013 Master in *public policy*. Koordinatorin der zivilgesellschaftlichen Plattform *Forschungswende*. Lehrbeauftragte an der Leuphana Universität Lüneburg und der Humboldt-Viadrina School of Governance.

¹⁰ www.forschungswende.de